

Zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Von einer sperrigen Kategorie zum politischen Symbol

Ziele und Maßnahmen zur Nachhaltigkeit hat die Bundesregierung in einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zusammengefasst. Im Herbst 2008 möchte das Bundeskabinett den aktuellen Fortschrittsbericht verabschieden. Der Entwurf dieses unausgereiften Berichtes liegt derzeit zur öffentlichen Diskussion vor. **Von Günther Bachmann**

Nach Auffassung des Rats für Nachhaltige Entwicklung kommt die Nachhaltigkeitsstrategie der Erreichung ihrer Ziele quantitativ und qualitativ nicht ausreichend näher. Für wichtige Zielbereiche überwiegen derzeit eindeutig die nicht nachhaltigen Trends.

Dies hat der Nachhaltigkeitsrat durch Ampeln unterstrichen, mit denen im Indikatorenbericht 2006 der real erreichte Stand der Indikatoren mit den Zielen verglichen wurde. Dabei überwiegen rote und gelbe Ampeln für die 32 Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie. Die neuen Monitoringzahlen des Fortschrittsberichts zeigen einige wenige positive Entwicklungen, allerdings keine grundsätzliche Änderung des kritischen Bildes.

Kein grünes Licht

Vor diesem Hintergrund greift die Bundesregierung derzeit einen zentralen Gedanken des Nachhaltigkeitsrates auf und schlägt vor, die politischen Entscheidungsabläufe, die Verantwortungen und konzeptionellen Impulse zur Nachhaltigkeitspolitik zu verbessern. Es ist richtig, die Frequenzen von politischem Fortschrittsbericht und statistischem Indikatorenbericht neu zu regeln. Dabei muss dem politischen Bericht höheres Gewicht gegeben und gleichzeitig die Kontinuität durch regelmäßige statistische Berichterstattung alle zwei Jahre gesichert werden. Auch ist es sicher notwendig, die Arbeit des Staatssekretärsausschusses organisatorisch und methodisch zu stärken, um

die Verbindlichkeit des Nachhaltigkeitsprozesses zu erhöhen. Ebenso stellt das Projekt zur Klimaneutralität der Dienstreisen eine Neuheit dar, nicht nur in der Sache, sondern auch wegen seines Ressort übergreifenden Charakters. Wenn diese Reformen Wirklichkeit werden sollen, muss nun darüber nachgedacht werden, wie die dazu notwendige praktische Arbeitskapazität aufgebaut werden kann. Und die von der Bundesregierung vorgestellten Management-Regeln bleiben ein Fremdkörper. Für wen oder was sie gelten sollen, geht aus dem Fortschrittsbericht nicht hervor. Kernstück einer Reform des Nachhaltigkeitsmanagements ist und bleibt unbestritten die politische Steuerung durch den Staatssekretärsausschuss.

Neu sind verschiedene Änderungen und Anpassungen bei den Indikatoren und Zielen. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Politik an dem Ziel festhält, ab 2011 einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme zu gewährleisten. Begrüßenswert ist, dass die Indikatoren „Zufriedenheit mit der Gesundheit“ zugunsten einer Aussage zur Raucherquote sowie zum Anteil der Menschen mit Fettleibigkeit verbessert werden und die Bundesregierung hierzu auch Zielstellungen formuliert. Ebenfalls zu begrüßen ist die Verschärfung der Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch von Primärenergie und Strom. Anerkennend hervorzuheben ist auch die politische Bedeutung der Vielzahl von ambitionierten Änderungen im Bereich der Ziele zum sozialen Zusammenhalt. Dies signalisiert,

dass die Querschnittsfunktion der Nachhaltigkeitsstrategie stärker ankommt als in der Vergangenheit.

Fehlender Anschluss an aktuelle Diskussionen

Letztlich wird die interessierte Öffentlichkeit den Wert und die Glaubwürdigkeit einer Nachhaltigkeitsstrategie weniger an Vorhaben und Verfahren messen, sondern an dem, was konkret politisch entschieden und beeinflusst wird. Hier muss der Fortschrittsbericht seine Strategiefähigkeit noch unter Beweis stellen, denn unter diesem Gesichtspunkt werden einige Schwächen des Berichtes deutlich. Der Entwurf knüpft in wichtigen Fragen nicht oder nicht strategisch an die aktuelle Diskussion an. So kommen im Kapitel Klima und Energie die Stichworte Kohle-Kraftwerke oder Energiepreise und soziale Gerechtigkeit nicht ein einziges Mal vor. In den Ausführungen zu den Chancen für stärkeren sozialen Zusammenhalt greift der Entwurf die Chancengerechtigkeit in der Bildung nur marginal auf.

Der Begriff Nachhaltigkeit wird heute mehr denn je genutzt, nicht immer richtig und oft in Unkenntnis seiner Herkunft und Inhalte. Insofern gibt es in den letzten sechs Jahren einen deutlichen Wandel zu verzeichnen. Aus einer sperrigen Kategorie in Sonntagsreden ist jetzt ein politisches Symbol für die Zeit von Montag bis Freitag geworden. Die Unschärfe ist geblieben und, das ist keine Prognose, wird uns begleiten. Aber sie wird auch Gelegenheit zum Diskurs und somit zur politischen Wirkung bieten.

Um wie viel stärker könnte die Nachhaltigkeitsstrategie werden, wenn sie die Öffentlichkeit mit aller Konsequenz, auch im Hinblick auf die Zielkonflikte, erreichen würde? Und was wäre dafür zu tun?

AUTOR + KONTAKT

Dr. Günther Bachmann ist Geschäftsführer des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

Rat für Nachhaltige Entwicklung, c/o GTZ,
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.
Tel.: +49 30 408190-122, E-Mail:
guenther.bachmann@nachhaltigkeitsrat.de,
Internet: www.nachhaltigkeitsrat.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.